

Holzlieferung statt der Eisenmittel die Lieferung ausgenommen. Schon soll sich der Eisenbahnerverband am Bundesrat, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen.

Seit 1914 hat es im

# Freiburger Nachrichten

## Lagesblatt für die westliche Schweiz

(Vormals "Freiburger Zeitung")

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Petrollesstrasse 38, Freiburg (Schweiz). Telefon 4.06. — Annoncenstelle: PUBLICITAS, Schweizerische Annoncenexpedition A.G. Telefon 1.35

Abonnementssatz:

	12 Monate	6 Monate	3 Monate	1 Monat
Schweiz:	Fr. 14.—	Fr. 7.—	Fr. 3.50	Fr. 1.40
Ausland:	27.—	13.50	7.50	2.70
Die Sammlung "Kunst und Kultur" steht im Preis von Fr. 2.50.— mehr.				

Postabonnement ist das Ausland sind am Wissens-

der Bevölkerung aufgegeben, und die Postabonnementen zu

ertragen. Postabonnement haben Deutschland, Österreich-Ungarn,

Niederlande, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen etc.

Zuschlagspreis:

Für den ganzen Freiburg bis Säle 18	Fr. 1.50
Für die Schweiz	Fr. 1.00
Für das Ausland	Fr. 1.50
Reisen	Fr. 1.50
Für andere Tageszeitungen lebendiges Material	Fr. 1.50

### Die Sozialisten sind befriedigt. — Französisch-britische Offensive.

#### Sozialdemokratische Manieren

Das Oltener Aktionskomitee hat seinen Entschluss über den Landestreit aufgeschoben, nachdem die Eisenbahnerverbände beschlossen hatten, beim Bundesrat nochmals vorstellig zu werden in Sachen der Teuerungsablagen. Die Konferenz mit dem Bundesrat wurde auf Donnerstag vormittag anberaumt. Ob das Aktionskomitee am gleichen Tage noch zu einem Beschluss kommen wird, ist uns zur Stunde, wo wir dies schreiben, nicht bekannt. Ebenso unbekannt ist die Haltung, die der Bundesrat in dieser neuen Konferenz eingenommen wird. Gleichwohl ist es von Bedeutung, den vorherigen Stand der Dinge festzuhalten. Er trage dazu bei, daß Verhalten der Sozialdemokraten zu charakterisieren, mag dann der Einschluß ausfallen, wie er wolle.

Streitig ist die Frage des Vorschusses und der Teuerungsablagen. Der Bundesrat hatte in seiner Antwort zu Postulat 11 erklärt: „Im Hinblick auf die steigende Teuerung und zur Erleichterung der Verhältnisse wird jedem Beamten, Angestellten und Arbeiter des Bundes im Laufe des Monats August ein Vorschuss ausgerichtet werden, der einer Monatsbezahlung, resp. einem Monatslohn unter Hinzurechnung der bereits früher gewährten Teuerungsablagen entspricht, immerhin aber den Betrag von Fr. 300 nicht übersteigt.“ Für Verhältnisse und Lebende mit Unterhaltsanspruch soll der Vorschuss auch wenn die Monatsbezahlung, resp. der Monatslohn diesen Ansatz nicht erreicht, 300 Franken betragen.

Damit waren aber die Eisenbahnerverbände nicht zufrieden. Unter Androhung des Generalstreites beharrten sie auf der Gleichstellung der Lebenden mit den Verheiraten. Um dies zu erreichen, wurden nochmalige Vorstellungen beim Bundesrat beschlossen.

Bis jetzt hat man bei der Ausrichtung von Teuerungsablagen allgemein einen Unterschied gemacht zwischen Lebenden und Verheiraten und wohl mit Recht. Auch heute noch dürfte der Bundesrat Gründe genug haben, denjenigen Angestellten und Arbeitern, welche verheiraten sind, mehr zu geben als den Lebenden. Zugem hat sich der Bundesrat bereit erklärt, die Lebenden, welche Angehörige zu unterstützen haben, auf gleiche Stufe zu stellen.

Und trotzdem diese „Entscheidung“ über das „mangelnde soziale Verständnis“. Über die „Tagwacht“ hat ja schallend geschrieben: „Die Lebenden gehören zu den Rüdigen in den Personalverbänden. Sie vor den Kopf stoßen, bedeuten die Agitation verschärft und daran hätten die klugen Herren, hätte vor allen Herrn Motta denken sollen, wenn es ihnen daraus kommt, den Streit durch Zugeschriften überflüssig zu machen.“ Die „Tagwacht“ hätte es gar nicht mehr zu jagen gebracht, daß die Lebenden zu den Rüdigen in den Personalverbänden gehören. Das hat man dem ganzen Gesetztreiben schon lange angemerkt. Der Eindruck, daß es sich bei der ganzen Oltener Aktion nicht überall um wirtschaftliche Motivation handle, ist nicht errikt, aber die Art und Weise, wie man aus der Frage des Vorschusses an Lebende einen Konfliktgrund konstruiert, will bestimmt jenen Eindruck. Hier tritt die Krassheit der Rüdigkeit in den Vordergrund. Man gefällt sich beim gefährlichen Spiel, dem Bundesrat eine Forderung nach der andern abtragen zu können.

Wir wünschen wahrlich von Herzen jedem Arbeiter einen angständigen Lohn für seine Arbeit. Und gerade der junge Mann soll bei treuer Pflichterfüllung auf seinem Posten jedoch verdienen, daß er es auch heute wagen dürfe, einen Haushalt zu gründen. Wenn aber heute die Sozialisten aus der Frage des Monatsvorschusses einen Streitgrund machen wollen, erwidern sie zu ihrem eigenen Nachteil nicht den Eindruck, daß sie ernst genommen werden wollen mit ihrem sozialen Programm.

Leider haben die Herren Sozialdemokraten vor sehr kurzer Zeit erst nachdrücklich eine Differenzierung zwischen Verheiraten und

Lebenden bei der Ausrichtung von Teuerungsablagen verlangt. Die „R. S. B.“ (Nr. 1039) berichtet über jene Verhandlungen des Großen Stadtrates von Zürich: „Der Stadtrat hatte ursprünglich eine Teuerungsablage vorgeschlagen, die allen in gleicher Höhe zugute kam, demnach die Verheiraten und die Lebenden gleichstellte. In der Kommission des Großen Stadtrates zog eine Mehrheit, zu der auch der Sozialdemokrat Greulich zählte, eine Abstimmung der Teuerungsablagen nach Verheiraten und Lebenden vor, und auch der Antrag der Kommissionsminderheit, die sich aus den Sozialdemokraten Traber (dem Präsidenten der Eisenbahner) und Baumann (dem Präsidenten der Arbeiterunion) zusammensetzte, führte die Unterscheidung zwischen Verheiraten und Lebenden überall durch. Bei der Verhandlung im Großen Stadtrate standen die gesamte Fraktion der Sozialdemokraten für diesen Unterschied zwischen Verheiraten und Lebenden auf.

Die Lebenden ist die Frage des Vorschusses und der Teuerungsablagen. Der Bundesrat hatte in seiner Antwort zu Postulat 11 erklärt: „Im Hinblick auf die steigende Teuerung und zur Erleichterung der Verhältnisse wird jedem Beamten, Angestellten und Arbeiter des Bundes im Laufe des Monats August ein Vorschuss ausgerichtet werden, der einer Monatsbezahlung, resp. einem Monatslohn unter Hinzurechnung der bereits früher gewährten Teuerungsablagen entspricht, immerhin aber den Betrag von Fr. 300 nicht übersteigt.“

Dieses Musterchen sozialdemokratischer Logik zeigt neuerdings, wie aufrichtig die Sozialdemokraten es bei ihren Aktionen meinen. Es muss einem wahrlich nicht mehr wundernehmen, wenn nach all diesem revolutionären Treiben weiteren Vollscreien die Gebuh aus geht. Das Schweizer Volk kann diese Art des Verhandelns zwischen Revolutionären und den obersten Landesbehörde nur verurteilen.

#### Friedenskundgebungen in Holland.

(v. B. v. D.) Der Niederländische Anti-Totalitarismus hat am 31. Juli 3 große öffentliche Versammlungen in den drei größten Städten Hollands veranstaltet. Die Versammlungen, die in den größten Sälen von Amsterdam, Rotterdam und Haag stattfanden, waren von tausenden von Personen besucht. Der Zweck dieser Versammlungen war eine Massenkundgebung zu dem Antrag der niederländischen Parlamentarier Dreeschhuys, Roelen und Rutgers zu Gunsten einer Vermittlungsinitiative der holländischen Regierung. An jeder Versammlung redeten drei verschiedene politischen Richtungen angehörende Personen, unter anderem die Mitglieder der zweiten Kammer Dreeschhuys, Roster, Amburgh, Rutgers und die Senatoren Van der Pol und Kol. Unter lebhafter Zustimmung aller Anwesenden ist in jeder Versammlung eine Resolution angenommen worden folgenden Inhalts:

„In Erwägung, daß die beiden kriegsführenden Parteien sich wiederholt bereit erklärt haben, Friedensvorschläge der Gegenseite zu prüfen, doch jedoch jede Partei bei ihrer Begeisterung beharrt, dem Gegner selbst Vorschläge zu machen aus Furcht, es werde dies als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden, und

überzeugt, daß jede der kriegsführenden Parteien es gegenwärtig als ihr höchstes Kriegsziel betrachtet, die Wiederholung eines solchen Krieges zu verhindern, und daß sie zur Erreichung dieses Ziels an der Schaffung eines Böterbundes mitzuwirken wünscht, und daß ferner Ausführungen von Staatsmännern der kriegsführenden Länder die Annahme rechtfertigen, daß schon jetzt durch Verhandlungen eine Versöhnung erreicht werden dürfte.“

Sprechen den Wunsch aus, daß die niederländische Regierung in der Öffentlichkeit „Schritte zur Vermittlung unternehme.“

#### Wiederholung der Kriegssteuer.

Der Bundesrat veröffentlichte soeben die Befreiung und den Entwurf eines Bundesbeschließes über den Erlass eines Art. der Bundesverfassung zur Erhebung einer in jedem Lande erhöhten Kriegssteuer. Der Entwurf des neuen Verfassungsatartels hat folgenden Wortlaut: 1. Der Bund erhebt eine

außerordentliche Steuer zum Zwecke der teilweisen Deckung der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot während des Weltkrieges. 2. Die Steuer wird in dreijährigen Perioden so oft erhoben, bis der dem Bunde zukommende Ertrag zusammen mit den Ergebnissen der auf Grund des Bundesbeschlusses vom 22. Dezember 1916 erhobenen Kriegssteuer und des auf Grund des Bundesbeschlusses vom 18. September 1916 erhobenen Kriegssteuer sowie drei Viertelteile der zu deckenden Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot ausmacht. Wobei von diesen drei Viertelteilen nur noch eine Quotie zu decken, welche geringer ist, als das voraussichtliche Ergebnis einer nochmaligen Wiederholung der Steuer, so entscheidet die Bundesversammlung darüber, ob und in welchem Umfang die Steuer noch einmal zu erheben sei.

Die Steuer ist progressiv. Die Steuerpflicht beginnt für natürliche Personen bei einem Vermögen von 10,000 Fr. und bei einem Erwerb von 2500 Fr. für Lebende und über Fr. 3000 für Verheiraten, wobei weiter für jedes Kind unter 18 Jahren ein steuerfreier Betrag von 200 Fr. in Abzug kommt. Die Erhebung erfolgt durch die Kantone. Die Vorlage wird der Volksabstimmung unterbreitet.

#### Neo-Salvarian.

Der Armeestab hat an Heer und Volk die unendlich verhängende Mitteilung ergeben lassen, daß das preußische Kriegsministerium aus zu eingreifen sich anfeindig gemacht habe, durch Zustellung respektabler Quantitäten von Neo-Salvarian!

Neo-Salvarian! Vor circa 8 Jahren erhielt die Welt die Kunde, daß es einem ganz geheimen Geheimrat Ehrlich im Judentum-Frankfurt a.M. gelungen sei, ein absolut zuverlässiges Mittel gegen die Syphilis zu entdecken, nämlich — Salvarian. Ein gewisses Publikum schwieg in übertriebenen Hoffnungen. Weniger übertrieben waren die Hoffnungen jener, die auf die finanzielle Ausbeute gerechnet hatten. Das zeigt folgende Rechnung aus dem Jahre 1914, aufgestellt in der „Allgemeinen Rundschau“ von Sanitätsrat Dr. Manardo:

„Salvarian kommt in kleinen Glasbüchsen in Quantitäten von 0,1 bis 3,0 Gr. zum Verkauf. Wir wollen nicht versiehen, die Preise, und zwar die Einlaufpreise bei den höchsten Fabrikwerken hier mitzuteilen. Es kosten 0,1 Gr. 1 Mt. 20, 0,2 Gr. 2 Mt. 35, 0,3 Gr. 3 Mt. 50, 0,4 Gr. 4 Mt. 70, 0,5 Gr. 5 Mt. 40, 0,6 Gr. 6 Mt. 1,0 Gr. 10 Mt. 2 Gr. 19 Mt. 3 Gr. 28 Mt. Deutlich kostet 1 Gr. Salvarian 10,000 Mark. Nach einer ziemlich unanziehbaren Berechnung sind bereits bis jetzt (1910 bis 1914) für 25 Millionen Mark Salvarian verbraucht worden. Die Herstellungskosten des Mittels stellen sich daher niedrig, sie dürften 10 Mark pro Kilogramm nicht übersteigen.“

So mit Konkurrenz an einem Preis von 9990 Mark verhindert werden. Kein Wunder, daß dafür in allen europäischen und außereuropäischen Ländern eine gewaltige Kette entstanden ist.

Daß durch das Salvarian nicht verhindert werden kann, daß es weiterhin Menschheit die Unterwerfung und Untertreibung verfährt. Sie muß im offiziellen Christentum der Gegenwart nichts anderes denn mittelalterliche Individualität und innere Unmehrhaftigkeit erblicken, dazu berechnet, das Volk treu zu führen und zu den Millionen von Gefallenen neue Berge von Leichen zu häufen.

Wit einer solchen Lehre hat der Sozialist nichts gemein. Seine Religion ist der Sozialismus, die Auferstehung der Menschheit aus Erniedrigung und Tod, ein Ziel, das weit schöner und heiliger ist, als die Befreiung der Menschen aus der Entwicklung nach.

So erkennt sich auch in diesen Tagen die Kirche als eine der Hauptfeinde des kapitalistischen Systems und der Dynastien, die beide in gleicher Weise verantwortlich sind für das gewaltige Gemetzel in Europa. Diese Kirche und diesem Priestertum muss daher die schändliche und einem höheren Menschheitsideal ihr Leben weihende Menschheit die Unterwerfung und Untertreibung verfährt. Sie muß im offiziellen Christentum der Gegenwart nichts anderes denn mittelalterliche Individualität und innere Unmehrhaftigkeit erblicken, dazu berechnet, das Volk treu zu führen und zu den Millionen von Gefallenen neue Berge von Leichen zu häufen.

Punktum — und Religion ist Privatsache! Vorausgesetzt immerhin, daß man nach materialistischer Geschichtsauffassung die Religion als den Schwanz sozialer Entwicklung betrachtet, daß man die Kirche als Haupt des verschlungenen Kapitalismus und als die Schulden des Weltkrieges ansieht; vorausgesetzt weiter, daß man Kirche und Priestertum Unterwerfung und Untertreibung verfährt, daß man das Christentum der Gegenwart als mittelalterliche Individualität und Narrenkult betrachtet, und daß man endlich auf die Religion des Sozialismus schwört, die die Auferstehung der Menschheit“ ist. Vorausgesetzt alle diese lächerlichen Kleinigkeiten ist gewiß Religion Privatsache! Heute wie gestern!

So einfältig ist auch Grimm nicht, um nicht zu wissen, daß der Weltkrieg nur darum möglich war, weil eine ganze Welt sich offiziell von den Geboten Gottes „emanzipiert“ hatte. Von allen anderen so gut wie vom Himmel!

#### Die „Privatsache“.

Wiele Tausende von Katholiken stehen heute in sozialdemokratischen Organisationen. Daran ist nicht zu zweifeln. Man hat ihnen gesagt, Religion sei Privatsache, die Sozialisten wollten nur besseren Lohn und bessere Wohnungen, überhaupt erträglichere Lebensbedingungen. Die Religion sollte dabei gewiß keinen Schaden nehmen. — Allerdings hat schon Viehmarkt geraten, man müsse den Satz von der Privatreligion vorläufig (!) beibehalten, um sie mehr als die Agitation unter den bürgerlichen Bevölkerung beeinträchtigt würde, wenn man offen herausstellt, daß einen edlen Sozialisten der Herrgott im Herzen gar nicht geniete! Was braucht es also, so höhnt der wackerne Genosse, in den unendlichen Himmel hinabzogend und Krieg zu führen gegen den bürgerlichen Gott da droben? Ich bin Atheist! Aber für den Augenblick muß ich erklären, daß wir unter allen unseren Forderungen keine haben, die praktischer ist, als der Satz: Religion ist Privatsache.

Beweisen bringen es aber Viehmarkt Stammhalter doch nicht sehr, seinem Überzeugungen „Lebensregeln“ sich zu folgen. Wenn man z. B. mit donnernden Generalstreikdrohungen zur großen Offensive auf das kapitalistische Bürgerium übergeht: wer sollte sich da eine Fernbeschiebung des „bürgerlichen Herrgotts“ oder einen Fliegerangriff auf die „kapitalistische Kirche“ versagen können? Wer nichts nicht Genosse Grimm: Das wäre zu viel von ihm verlangt. Unter dem Titel: „Der Gott der Christen“ ist in seiner „Tagwacht“ zu lesen:

„Wir Sozialdemokraten als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung wissen, daß auch Religionslehren und Gottesvorstellungen mit der Zeit wechseln und in ihrer Form und ihrem Inhalt bedingt sind von den wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen die Menschen leben.... Glaubensregeln hinken deshalb meist der Entwicklung nach....“

So erkennt sich auch in diesen Tagen die Kirche als eine der Hauptfeinde des kapitalistischen Systems und der Dynastien, die beide in gleicher Weise verantwortlich sind für das gewaltige Gemetzel in Europa. Diese Kirche und diesem Priestertum muss daher die schändliche und einem höheren Menschheitsideal ihr Leben weihende Menschheit die Unterwerfung und Untertreibung verfährt. Sie muß im offiziellen Christentum der Gegenwart nichts anderes denn mittelalterliche Individualität und Narrenkult betrachten, daß man die Kirche als Haupt des verschlungenen Kapitalismus und als die Schulden des Weltkrieges ansieht; vorausgesetzt weiter, daß man Kirche und Priestertum Unterwerfung und Untertreibung verfährt, daß man das Christentum der Gegenwart als mittelalterliche Individualität und Narrenkult betrachtet, und daß man endlich auf die Religion des Sozialismus schwört, die die Auferstehung der Menschheit“ ist. Vorausgesetzt alle diese lächerlichen Kleinigkeiten ist gewiß Religion Privatsache! Heute wie gestern!

So einfältig ist auch Grimm nicht, um nicht zu wissen, daß der Weltkrieg nur darum möglich war, weil eine ganze Welt sich offiziell von den Geboten Gottes „emanzipiert“ hatte. Von allen anderen so gut wie vom Himmel!





